

AKTUELL

PLATTFORMKAPITALISMUS

Gegen ein luxemburgisches Uber

Joël Adami

François Bausch plant eine staatliche Taxi-App, die wie Uber funktionieren soll. Der OGBL ist wenig begeistert von der Idee. Déi Lénk wollen den Plattformkapitalismus insgesamt zähmen.

„Warum können wir als Staat nicht die gleiche App wie Uber entwickeln?“, fragte Mobilitätsminister François Bausch (Déi Gréng) im RTL-Interview am 18. Juni. Die App solle die gleichen Funktionalitäten wie das Original bieten, dabei aber besser auf soziale Kriterien achten, so Bausch. Er stellte dabei eine Abschaffung der klassischen Kategorien „Taxi“ und „Autovermietung mit Fahrer*in“ in Aussicht. Die Tarifgestaltung würde dadurch „viel interessanter“. Die Gewerkschaft OGBL ist sehr kritisch, was das Projekt angeht.

FOTO: BIRGU/PIXABAY



Eine staatliche Uber-Alternative soll den Taximarkt reformieren. Der OGBL ist nicht begeistert.

Der Plattform Uber, die Taxifahrten zwischen oftmals scheinselfständigen Fahrer*innen und Fahrgäst*innen vermittelt, ist der Sprung nach Luxemburg nie gelungen. 2016 gab es zwar Unterredungen mit dem Mobilitätsministerium, doch das Taxigesetz verhinderte eine Niederlassung des Dienstes. Das soll auch so bleiben, fordert das Syndikat Transport des OGBL in einer Pressemitteilung. Sozialdumping sei integraler Bestandteil des Uber-Modells, daher sei man bei Bauschs Äußerungen hellhörig geworden. „Der OGBL widersetzt sich nicht prinzipiell jeder Möglichkeit, eine digitale Plattform im Sektor zu organisieren. Er besteht jedoch darauf, dass ihre Entwicklung unter Einhaltung nicht nur des Arbeits- und Sozialrechts, sondern auch des geltenden Kollektivvertrags für den Sektor erfolgt“, heißt es in der Pressemitteilung der Gewerkschaft.

Wie genau die Tarife durch die Einführung einer App „viel interessanter“ werden sollen, verriet Bausch nicht. Die Angst der Gewerkschaft, dass durch eine neue gesetzliche Regelung der Kollektivvertrag des Sektors unterlaufen werden könnte, ist demnach gegeben. Die Gewerkschaft kündigte in diesem Fall Protest an: „Der OGBL wird sich allen Formen der Scheinselbständigkeit, der Aushöhlung des Kollektivvertrags oder des Sozialdumpings im Sektor widersetzen.“

Ob eine staatliche App, so wie Bausch sie plant, überhaupt Erfolg haben würde, darf auch bezweifelt werden. 2018 führte das Ministerium „CoPilote“ ein, eine App zur Bildung von Mitfahrgelegenheiten. Die Betreiberfirma wurde nicht einmal zwei Jahre später von Klaxit gekauft. Dem staatlichen Uber-Ersatz, für den Bausch ebenfalls einen Betreiber finden will, könnte ein ähnliches Schicksal blühen.

Gesetz für Plattformökonomie

Neben Uber gibt es aber viele andere Firmen, die innerhalb der sogenannten „Plattformökonomie“ agieren: Sie stellen lediglich eine Plattform zur Verfügung, Kund*innen und Dienstleister*innen erledigen den Rest. Lieferdienste, die so funktionieren, sind in den letzten Jahren besonders populär geworden - die Arbeitsbedingungen der scheinselfständigen Ausliefer*innen sind dennoch nicht besser geworden. Mit einer Proposition de loi wollen Déi Lénk die Arbeitsbedingungen im Plattformkapitalismus verbessern.

Der Gesetzesvorschlag, der schon im Mai eingereicht wurde, ist seit Kurzem auf der Homepage des Parlaments nachzulesen. Er soll Klarheit darüber schaffen, wer tatsächlich selbstständig arbeitet und wer angestellt ist. Werden von einer Liste von Kriterien mindestens drei erfüllt, besteht automatisch ein Arbeitsvertrag - mit allen Rechten und Pflichten, die daraus hervorgehen. Den Plattformen würden zusätzlich verschiedene gängige Praktiken verboten, wie etwa ein Kontaktverbot zwischen Arbeiter*innen.

SHORT NEWS

Documentaire et débat sur Julian Assange

(rg) - « Hacking Justice » est le titre d'un film documentaire sur Julian Assange réalisé par Clara López Rubio et Juan Pancorbo en 2021, dont une première version était sortie en 2017. Plusieurs organisations humanitaires, politiques et syndicales invitent à sa projection, ce mardi 5 juillet à 19h au Casino syndical (63, rue de Bonnevoie à Luxembourg). D'une durée de 90 minutes en version originale sous-titrée en français, le film retrace l'histoire du fondateur, en 2006, de Wikileaks. Les quelque 700.000 documents transmis en 2010 par l'analyste de l'armée américaine Chelsea Manning ont permis de faire la lumière sur la manière dont les États-Unis et leurs alliés ont mené la guerre en Irak et en Afghanistan. Julian Assange devient alors une cible des États-Unis, qui l'accusent de haute trahison et demandent son extradition. Il y risquerait jusqu'à 175 années de prison. Le documentaire commence en 2012, lorsque Assange se réfugie dans l'ambassade d'Équateur à Londres. Il y restera confiné jusqu'à son arrestation en 2020. La justice anglaise commence alors son procès en extradition, qu'elle vient de confirmer à la mi-juin, décision contre laquelle un recours, probablement ultime, a été entamé. Le documentaire retrace la défense du journaliste australien, coordonnée par le célèbre juriste Baltasar Garzón. La projection du « combat du siècle pour la liberté d'informer », sous-titre du film, sera suivie d'un débat animé par le journaliste français Viktor Dedaj et une connexion en direct avec John Shipton, le père de Julian Assange.

Luxemburg ist zu trocken

(ja) - Die langanhaltende Trockenheit wird zunehmend zum Problem für die Landwirtschaft, aber auch für den Grundwasserspiegel. Das geht aus einer Antwort des Landwirtschaftsministers Claude Haagen (LSAP) auf eine parlamentarische Anfrage von Gusty Graas (DP) hervor. Der Frühling war zu großen Teilen zu trocken, heißt es im Bericht des meteorologischen Dienstes der Administration des services techniques de l'agriculture. Die Regenfälle Anfang Juni hätten die Situation für das Wintergetreide etwas verbessert, so der Minister in seiner Antwort. Das Sommergetreide ist dennoch weiterhin in einer kritischen Lage, die von der aktuellen Hitzewelle noch verschärft werden könnte. Wie schlimm die Auswirkungen auf die Ernte sein werden, lasse sich noch nicht sagen, schreibt Haagen. Auch beim Grundwasser gibt es Anlass zur Sorge: Rund 30 Prozent Defizit seien im Mai 2022 zusammengekommen, heißt es aus dem Landwirtschaftsministerium. Das sei aber noch kein Grund zur Besorgnis, denn die Grundwasserspiegel sollten sich kurzfristig - also im nächsten Winter - erholen. Dennoch seien die Wasserinfrastrukturen nicht überall im Land an die wachsende Nachfrage angepasst, weshalb die Regierung, allen voran das Umweltministerium, eine Kampagne zum Wassersparen gestartet hat.

Ist die Regierung pro Leihmutterchaft?

(tj) - „Damit man den ‚congé de naissance‘ beantragen kann, muss eine juristische Verbindung zum Kind bestehen. Bei verheirateten heterosexuellen Eltern passiert das automatisch, bei homosexuellen Eltern erfolgt die Anerkennung durch die Adoption. Danach kann der ‚congé de naissance‘ beantragt werden.“ Diese Aussage, die Familienministerin Corinne Cahen (DP) vor zwei Wochen der woxx gegenüber machte (woxx 1689), wirft Fragen auf. Wer in Luxemburg ein Kind adoptiert, hat Anrecht auf den „congé d'accueil“, nicht aber auf den „congé de naissance“. Damit homosexuelle Paare den „congé de naissance“ beanspruchen können, muss erst einmal die in der Reform des Abstammungsrechts vorgesehene Co-Elternschaft in Kraft treten (woxx 1686). Cahen sprach darüber hinaus von „homosexuellen Eltern“, was impliziert, dass auch schwule Väter, die über keinen biologischen Bezug zu ihrem Kind verfügen, den „congé de naissance“ beanspruchen können. Das aber würde voraussetzen, dass auch im Falle einer Leihmutterchaft (GPA) ein Abstammungsverhältnis zwischen nichtbiologischem Vater und dem Kind garantiert wird. Der ADR-Abgeordnete Fernand Kartheiser wollte deshalb in einer parlamentarischen Anfrage wissen, ob dadurch nicht das Verbot der GPA relativiert werde. Mitnichten: Im Rahmen einer GPA besteht hierzulande kein Anrecht auf einen „congé de naissance“. Dass Cahen pauschal von „homosexuellen Eltern“ spricht, ist demnach in der Tat irreführend.